

Arbeiterblatt

der
PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 114

November 1957

Die Sozialpartner

Mit Vorliebe bedienen sich SP und Gewerkschaftsbürokratie dieses Ausdrucks, um die Arbeiter (dazu zählen auch die Angestellten!) über den sozialbürokratischen Verrat hinters Licht zu führen.

Wer sind diese "Sozialpartner"? Welches sind die Zwecke, Formen, Mittel dieser Partnerschaft? Das sind Fragen, deren richtige Beantwortung unumgänglich notwendig ist zur Erkenntnis des wahren Charakters der SP, Gewerkschaftsbürokratie, zur Klärung, Hebung des Klassenbewußtseins der Arbeiter, zum erfolgreichen proletarischen Klassenkampf.

I.

Die "Sozialpartner", das seien die "Arbeitnehmer und Unternehmer" (AZ 18.9.57), die "Gewerkschaften und Arbeiterverbände" (AZ 16.10.57) behaupten die Schärf, Pittermann, Böhm, Pollak & Co. Damit wollen diese verlogenen Sozialbürokraten den Ausgebeuteten ihre "Mitbestimmung" in "unserem (kapitalistischen!) Österreich" einreden. Elender Betrug! Für "Arbeitnehmer", "Gewerkschaften", lies: Sozialbürokratie, Gewerkschaftsbürokratie! Die wahren "Sozialpartner" sind also: Kapitalistenklasse und Sozialbürokratie!

II.

Als Hauptzweck dieser holden Partnerschaft verkünden die Soziallügner die "Stabilität" - nämlich des kapitalistischen Ausbeutungs-, Unterdrückungs-, Profit systems! Seine Erhaltung, Verbesserung,

Verewigung auf Kosten der Massen, wobei die sozialbürokratischen Lügner für ihre Judasdienste von der Kapitalistenklasse einen möglichst hohen Judaslohn erwarten.

Darum "bejahen" SP und Gewerkschaftsbürokratie das kapitalistische Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln, das, ob privat - oder staatskapitalistisch, der kapitalistischen Ausbeutung, dem Profit dient.

Darum "bejaht" die Sozialbürokratie den kapitalistischen Staat, der dieses Ausbeutereigentum, den Profit gegen die ausgebeuteten Massen schützt. Daher sorgt sie "verantwortungsbewußt" für den immer bessern Ausbau des (der Bourgeoisie!) "verläßlichen" kapitalistischen Staatsapparates. Gerade hat sie zu diesem Zweck im 1958 Budget noch 500 Mill S mehr als 1957 bewilligt - aus den Taschen der Massen! Erinnert Euch: SP, Gewerkschaftsbürokratie (übrigens auch die österreichische Stalinpartei, die KPÖ) haben die kapitalistische Wehrmacht mitbegründet, ihr als eine Hauptaufgabe übertragen das Aufrechterhalten der (kapitalistischen!) "Ruhe und Ordnung" gegen die Arbeiter, gegen die ausgebeuteten Massen!!!

III.

Ein Hauptziel der "Sozialpartner" ist das größtmögliche Steigern der Ausbeutung, des Profits, vor allem durch kapitalistisches Steigern der Produktivität (einschließlich der kapitali-

stischen Automation).

In den Jahren 1950 - 1956 haben SP und Gewerkschaftsbürokratie mitgeholfen, die Produktivität - kapitalistisch! - um mehr als 35% zu steigern! (AZ 31.7.57). In der ersten Hälfte 1957, im Vergleich zur selben Vorjahrsperiode, um weitere 5%. Ja, in den verstaatlichten Industriebetrieben, wo die Sozialbürokratie selbst die Ausbeutungsoffensive für den Geläsack "unseres (kapitalistischen!) Staates" betreibt, sogar um 10% (AZ 10.10.57).

Worin besteht dieses Steigern der Produktivität? Darin, daß durch verbesserte Arbeitsmittel, verbesserte Organisation des Produktions- und Zirkulationsprozesses der Teil der Arbeitszeit, der zum Wiedererzeugen des Wertes des Lohns notwendig ist, mit einem Wort: der bezahlte Teil der Arbeit immer mehr verkleinert wird. Und eben dadurch der unbezahlte Teil der Arbeitszeit, also die Ausbeutung vergrößert wird. Das kapitalistische Steigern der Produktivität dient dem Steigern der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter (die Angestellten stets inbegriffen), in Geldform: des Profits.

Auf die "Riesenerfolge" der kapitalistischen Produktivitätssteigerung in den verstaatlichten Betrieben ist die SP besonders stolz. Daß diese "Riesenerfolge" Riesenprofite sind, sucht sie zu vernebeln, indem sie sie als "Ertragnisse" der Betriebe "unseres (kapitalistischen!) Staates" ausgibt. Um diese Riesenprofite noch mehr zu steigern, will die SP in 1958 den Ausgebeuteten mittels kapitalistischer Steuern zusätzliche hunderte Mill.S abzwacken. Für "produktions-(profit!)fördernde Investitionen"!

Damit diese profitsteigernde Offensive möglichst "ungestört", d.h. ohne Widerstand der Arbeiter verlaufe, "erkämpfen" die Sozialbetrüger Lohn"verbesserungen". Diese belaufen sich höchstens auf ein Drittel des so aus den Arbeitern herausgeholtten Mehrwerts, so daß diese tatsächlich noch viel mehr unbezahlte Arbeit hergeben müssen, nämlich 2/3 des

durch die kapitalistische Produktivitätssteigerung erzielten Mehrwerts.

Jenes Drittel raubt dann die Bourgeoisie - von der Sozialbürokratie gedeckt - durch kapitalistische Preistreiberei zurück. Die scharfen Worte der SP, ihrer AZ ("Gemüseskandal" usw) dürfen darüber nicht täuschen. Sie mauln nur, um den Schein vor den Massen zu wahren.

IV.

Die "Sozialpartnerschaft" findet ihren Ausdruck in der "sachlichen Zusammenarbeit", der Koalition, dem Bündnis der Sozialbürokratie mit der Bourgeoisie, gegen die Arbeiter, die Massen.

Für bestimmte Zwecke gründen die Ausbeuter und ihre sozialbürokratischen Gehilfen paritätische Körperschaften, d.h. aus einer gleichen Anzahl Vertreter der "Sozialpartner" zusammengesetzt: das Produktivitätszentrum und der Automationsausschuss zum planmäßigen Organisieren, Vortreiben der kapitalistischen Produktivitätssteigerung, die Lohn- und Preiskommission zum Niederhalten der Löhne, Gehälter während der kapitalistischen Teuerungsoffensive.

Mit der Koalition erreichen die Sozialverräter ihr Hauptziel: Ehren, Amterln, Vorteile, möglichst hohen Judaslohn für sich und ihre Sippschaft. Dazu unterordnen sie glatt die Interessen der Arbeiterklasse den Interessen der Kapitalistenklasse, "vertreten" die Lohninteressen immer nur im Rahmen der Profitinteressen! Sonst wäre die Bourgeoisie nicht für die Koalition zu haben!

Jedenfalls ist die Sozialbürokratie der schwächere "Sozialpartner." Darum wird sie nicht müde, die Bourgeoisie um "Gleichberechtigung" anzuraunzen, anzubetteln. Manchmal mault die SP sogar, sie würde "darauf bestehen", "es nicht zulassen", daß sie als Diener von ihren kapitalistischen Herren behandelt werde. Doch die

Kapitalisten kennen ihre Pappenheimer. Sie wissen: SP, Gewerkschaftsbürokratie wollen keinen Kampf gegen die Bourgeoisie. Sie braucht den sozialbürokratischen Maulhelden mit dem Koalitionsbruch nur zu drohen, um sie zur Kapitulation zu zwingen! Das hat Obersozialbürokrat Pittermann selbst zugegeben! (siehe AZ 8.10.57).

Um jeden Preis wollen die Sozialbürokraten bei der kapitalistischen Futterkrippe bleiben: Nehmt die AZ vom 26.10.57, dem "Tag der (kapitalistischen!) österreichischen Fahne", an dem sich die Schärf & Co in widerlichen Speichelleckereien zu "unserm (kapitalistischen!) Österreich", "unserer (kapitalistischen!) Republik" bekannten. Da steht schwarz auf weiß (S.2, Spalte 1, Abs.2): "Wir (Schwindel!) Sozialisten haben uns das Recht (in Koalition mit der Bourgeoisie!) mitzuregieren, mitzuwirtschaften, mitzuverwalten erkämpft (d.h. durch Verrat der Arbeiterinteressen erkaufte!), und wir (Sozialbürokraten) werden an diesem Recht z ä h e festhalten" - bis die Bourgeoisie für ihre Judaendienste keinen Gebrauch mehr findet, sie hinaushaut...

V.

Um den wahren Inhalt der "sachlichen Zusammenarbeit der Sozialpartner", der K o a l i t i o n vor den Massen möglichst zu verwischen, verbergen, greifen SP und Gewerkschaftsbürokratie zum bewußten Täuschen, Betrügen.

Durch Verschweigen wichtiger Tatsachen, Zusammenhänge, zB über die Produktion des r e l a t i v e n Mehrwerts jetzt vor allem mittels der kapitalistischen Produktivitätssteigerung.

Durch Teilwahrheiten, indem sie den für die Massen entscheidenden Teil der Wahrheit bewußt verschweigen, im Dunkel halten, den andern Teil grell beleuchten. So brüllen sie immer wieder über die Lohn"verbesserungen", daß damit eine noch viel größere Steigerung der u n b e z a h l t e n Arbeit verbunden ist, darüber schweigen sie sich gründlich aus.

Indem sie sich als "Sozialisten", die SP als "sozialistische" Partei vorschwindeln. Ihr ganzer "Sozialismus" erschöpft sich in der kapitalistischen Sozialpolitik, deren Kosten sie letzten Endes immer wieder aus den Arbeitern herausholen. Sie sind b ü r g e r l i c h e "Sozialisten", Schwindelsozialisten!

VI.

Daß SP und Gewerkschaftsbürokratie sich diese Judaspolitik leisten können, das danken sie vor allem der Stalinbürokratie, ihrer Stalinpartei, der KP. Diese war ja auch lange in der bürgerlichen Koalitionsregierung, bis sie, nach geleistetem Dienst, 1947 von der Bourgeoisie hinausgeworfen wurde. Dieselbe Koalitionspolitik ("Volksfront") versucht die Stalinbürokratie jetzt zu wiederholen. Mit dieser verräterischen Politik, die sie als "kommunistisch" vorschwindelt, blockierte, blockiert sie der Arbeiterklasse den Weg nach links. Die Stalinbürokratie hat es verschuldet, daß die Arbeiterschaft den unumgänglich notwendigen proletarischen Klassenweg nicht erkennt, daher trotz alledem und alledem noch immer der SP, dieser bürgerlichen "Arbeiter"partei folgt.

Der Gang der Dinge zwingt jedoch die Stalinbürokratie und die Sozialbürokratie sich immer gründlicher zu entlarven... Die Erfahrungen beginnen immer deutlicher zu sprechen. Sie werden es den Arbeitern erleichtern, den revolutionsverräterischen Charakter der KP, den sozialverräterischen Charakter der SP samt Gewerkschaftsbürokratie zu erkennen, aus dieser Erkenntnis die unumgänglich notwendigen Konsequenzen zu ziehen:

B r u c h mit der schwindelsozialistischen Arbeiterbürokratie und ihrer Partei, der SP!

B r u c h mit der schwindelkommunistischen Arbeiterbürokratie und ihrer Partei, der KP!

Erkämpfung der proletarischdemokratischen R e f o r m der Gewerkschaften!

A u f b a u der wahren Arbeiterpartei, der Partei der proletarischen Demokratie! Sie allein schafft ausreichende organisatorische Garantien gegen die Gefahr einer neuerlichen bürokratischen Entartung!

Kampf für die proletarische Demokratie, in der die Arbeiter, Angestellten, Kleinbürger, Kleinbauern, diese ungeheure Volks m e h r - h e i t unter Führung der Arbeiterklasse in Wirtschaft und Staat bestimmd kontrollieren! Die p r o - l e t a r i s c h e Demokratie allein schafft die notwendigen Voraussetzungen für den Übergang zum wahren demokratischen Weltsozialismus!

3.11.1957

H.E.

Das Kräfteverhältnis und die Perspektive

A n s i c h ist ein Erdsatellit ein Erfolg für die Stalinbürokratie. Doch im G e s a m t zusammenhang gesehen ändert er, ebenso wenig wie frühere - oder zukünftige - Erfolge dieser Art, weder das grundlegende Kräfteverhältnis Weltbourgeoisie - Stalinbürokratie, noch die Perspektive.

I.

Trotz größter Anstrengungen der Stalinbürokratie sind die Produktivkräfte der Weltbourgeoisie denen des Kremls weit überlegen. 1956 belief sich die Weltproduktion an Motorfahrzeugen aller Art auf etwa 11 1/2 Mill. Einheiten. Davon entfielen ca 11 Mill auf die kapitalistischen Länder, nur 550.000 auf die SU, und "Volksdemokratien": ein Verhältnis von 20:1 ! Dabei wurde 1956 die Fahrzeugproduktion von der Weltbourgeoisie wegen Absatzschwierigkeiten gedrosselt, vor allem in USA.

Gerade diese Industrie ist aber im Krieg von besonderer Wichtigkeit. Ähnlich steht es mit dem Kräfteverhältnis in andern wichtigen Produktionszweigen.

Trotz mancher Stärkung ihrer Position, trotz wachsender militärischer Macht hat der Kreml das Kräftegleichgewicht mit der Weltbourgeoisie keineswegs erreicht. Niemand weiß das besser als die Stalinbürokratie. Darum sieht sie heute dem heißen Weltkrieg, dem Schlußakt des noch keineswegs beendigten 2. imperialistischen Weltkriegs - noch immer kein Frieden zwischen Deutschland, Japan und der SU! - mit größter Sorge entgegen.

II.

Wer braucht den heißen imperialistischen Weltkrieg? Die Imperialisten, die Weltbourgeoisie, vor allem die USA - Imperialisten. Warum? Weil ihre wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten - der sich immer mehr verschärfende kapitalistische Grundwiderspruch zwischen kapitalistischen Produktivkräften und der dahinter relativ immer mehr zurückbleibenden Massenkaukraft - sie immer mehr dazu drängen.

Denn mit der Hochkonjunktur geht es weiter bergab, vor allem in USA. Dort, trotz großer kapitalistischer Manipulationen, trotzdem 40% aller beschäftigten Arbeiter, (Angestellte inbegriffen) auf die riesigen Kriegsrüstungen entfallen, mehren sich die Krisenzeiten. Der von der Bourgeoisie erwartete Herbstaufschwung hat nicht eingesetzt, im Gegenteil, die Absatzschwierigkeiten wachsen. Die Produktivkräfte der USA-Industrie werden derzeit nur zu 75% ausgenützt, immer mehr werden "überflüssig", ja viele der jüngst Eingestellten überhaupt nicht in Betrieb genommen. Auftragseingänge fallen, unverkaufte Waren häufen sich, die Bourgeoisie drosselt, sperrt Betriebe, führt mehr Kurzarbeit ein, wirft tausende Arbeiter

auf die Straße. Im Vergleich zum vorjährigen September war die Arbeitslosenzahl um eine halbe Million höher.

Von USA greifen die Krisenerscheinungen weiter: nach Europa, Asien usw. Doch unter den heutigen Bedingungen kann sich die Weltbourgeoisie eine Weltwirtschaftskrise, die noch größeres Ausmaß als die von 1929 annehmen würde, nicht leisten. Sie würde, unter für die Weltbourgeoisie ungünstigen Bedingungen (koloniale Revolution) rasch in die Weltrevolution umschlagen. Den einzigen kapitalistischen Ausweg für einigermaßen längere Zeit bietet heute nur ein siegreiches Zuendeführen des noch nicht beendigten 2. imperialistischen Weltkriegs. Ein imperialistischer Sieg würde der Weltbourgeoisie, vor allem der USA-Bourgeoisie, die großen Absatz-, Kapitalsanlagemärkte, die sie unumgänglich braucht, liefern: durch Liquidierung der Reste der Oktoberrevolution in der SU, durch Unterjochung der Millionenmassen der SU, der "Volksdemokratien", China inbegriffen, durch Überlieferung der Wirtschaft dieser Länder in die kapitalistische Kontrolle der Weltkapitalistenklasse, unter Führung der USA-Imperialisten.

III.

Wann wollen die Weltimperialisten losschlagen? Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist ihre Losung: je früher, desto besser! Doch fürchten sie, daß der heiße Weltkrieg die Weltmassen aufrütteln, ihre Umgruppierung zur internationalen proletarischen Revolution beschleunigen wird. Um dieses ungeheure Risiko möglichst zu verringern, die Stalinbürokratie möglichst zu schwächen, bedient sich die Weltbourgeoisie der kapitalistischen Gegenrevolution.

Die Imperialisten - von SP samt Gewerkschaftsbürokratie nach Kräften unterstützt - tun was sie können, um die Gegenrevolution in der SU und den "Volksdemokratien", China inbegriffen, zu entfachen, zu entfesseln, zum Vormarsch zu bringen, dafür vor allem möglichst große Teile der von

der Stalingangsterbande geschundenen, bestohlenen Massen auszunützen.

Am besten ist das der Weltbourgeoisie in Ungarn gelungen. Auch die jüngsten Unruhen, Demonstrationen in Warschau, Prag und andern tschechischen Städten zeigen, wie unermüdlich die Imperialisten am Fördern der kapitalistischen Konterrevolution weiter arbeiten. Dabei operieren sie so, daß ihre eigenen Massen dieses Spiel nicht durchschauen, die Gegenrevolution für - "spontane Revolution" halten. Die Imperialisten sollen so weiter als Friedenskämpfer dastehen.

In dem für sie günstigsten Zeitpunkt will die Weltbourgeoisie losschlagen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hofft sie bis dahin mittels kapitalistischer Manipulationen, zB noch riesigere Kriegsrüstung, größerer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf Kosten der Massen, in Schach zu halten, und nützt die Zeit zum beschleunigten Wiederaufrüsten Westdeutschlands und Japans, zu andern Vorbereitungen für den schweren Endkampf.

Sollte jedoch der Kreml den Weltimperialisten einen Vorwand liefern, der zum Irreführen ihrer Massen, daher zur Verminderung der Gefahr ihrer Umgruppierung zur proletarischen Weltrevolution geeignet ist, so wird die Weltbourgeoisie den Weltkrieg dann auslösen. Dazu sieht sie, vor allem die USA-Bourgeoisie, jetzt eine Gelegenheit im Nahen Osten, wo sie zu diesem Zweck einen starken Druck ausübt. Doch die Stalinbürokratie hütet sich, diesen Vorwand zu liefern!

IV.

Die Herabsetzungen der Fünfjahrpläne, ja das schließliche Aufgeben des laufenden Planes in der SU selbst, beides wegen schwerer Nichterfüllung des Plansolls; die Notkredite der SU an Tschechoslowakei und Ostdeutschland, Polen und Ungarn; die neuesten, großen Goldverkäufe auf den kapitalistischen Märkten, um dafür vor allem Konsumgüter zu kaufen - solche Tat-

sachen beleuchten die Resultate der stalinbürokratischen Bankrottspolitik, die Auswirkungen der gegenrevolutionären Anstrengungen der Weltbourgeoisie.

Mit Besorgnis sieht daher die Stalinbürokratie den heißen Weltkrieg heranrollen. Sie sucht ihn hinauszuschieben, zu verhindern, so ihre Position bessern, ihre Schwierigkeiten überwinden, so Zeit, Ruhe gewinnen zum Einholen, Überholen des amerikanischen Monopolkapitalismus.

Durch Ausschmarotzen, Verschachern der Kolonialrevolution will der Kreml die Schlußphase des 2. imperialistischen Weltkriegs verzögern, womöglich die Weltbourgeoisie zu einem für ihn tragbaren Kompromiß zwingen. Den Preis dafür auferlegen die stalinbürokratischen Revolutionsschmarotzer den ausgebeuteten Kolonialmassen.

Durch wirtschaftliche und politische Angebote, Köder, hofft er - auf Kosten der Massen - das weltimperialistische Kriegsbündnis zu erschüttern, diesen oder jenen Teil, womöglich England oder Frankreich, daraus zu lösen. Auch an direkten Angeboten an die USA-Imperialisten läßt er es nicht fehlen. Doch alles ohne Erfolg, wie zB die Ergebnisse des jüngsten Treffens Eisenhower-Macmillan beweisen.

Auch mit "Volksfront"-, d.h. Koalitionsangeboten an die Bourgeoisie, mit "Einheitsfront"angeboten an die Konkurrenzschmarotzer in der Arbeiterbewegung, die Sozialbürokraten der SP und Gewerkschaften, versuchen es die revolutionsschmarotzerischen Stalingangster. Zu jedem Verrat an den Weltmassen der proletarischen Weltrevolution sind sie bereit, stellen nur eine Bedingung: außenpolitische Konzessionen zu Gunsten des Kremls, die es der Stalinbürokratie erleichtern, sich an Macht und Futterkrippe weiter zu behaupten. Doch die verkommenen Sozialschmarotzer gehen durch dick und dünn mit ihren imperialistischen Herren, helfen ihnen mit allen Mitteln, den heißen Welt-

krieg vorbereiten, die kapitalistische Gegenrevolution in der SU und den "Volksdemokratien" vortreiben.

Durch Wirtschaftsabkommen mit den Regierungen zurückgebliebener Länder, sucht die Stalinbürokratie die dortigen Großgrundbesitzer und Kapitalisten zu außenpolitischen Zugeständnissen zu bewegen, zugleich die Absatzschwierigkeiten der Weltbourgeoisie zu verschärfen, so deren Position zu schwächen. Doch sind diese Abkommen eine große Belastung der stalinbürokratischen Wirtschaft, der Massen in SU und "Volksdemokratien".---

Gegen ihren Willen, durch die Auswirkungen ihrer antiproletarischen, antirevolutionären Politik, bereitet die Stalinbürokratie den Weg der kapitalistischen Gegenrevolution in der SU und den "Volksdemokratien", China inbegriffen.

Indem sie in und um sich herum neukapitalistische Elemente züchtet, die sich am stalinbürokratischen Riesendiebstahl am Sozialprodukt, am Riesenbetrug der Massen besonders bereichert, zur neukapitalistischen Gegenrevolution zu sammeln bereits begonnen haben.

Indem sie das Gestohlene immer wieder aus den Arbeitern und armen Bauern hereinbringt, deren Lebensbedingungen im Verhältnis zur Stalinbürokratie und den von ihr Privilegierten immer tiefer drückt, so in den Massen immer größeren Haß, heftigere Wut gegen die stalinbürokratische Bande hervorruft.

Diese Stimmung hofft die Gegenrevolution im geeigneten Zeitpunkt auszunützen, die Stalinbürokratie von r e c h t s zu stürzen, die letzten Reste der Oktoberrevolution zu liquidieren und - letzten Endes - in SU und "Volksdemokratien" ein neukapitalistisches, monopolkapitalistisches Regime, System zu errichten. Vorderhand halten sich die neukapitalistischen Elemente noch zurück, weil ihre ureigensten Interessen sie zwingen, gegen die imperialistische Gefahr mit der

Stalinbürokratie zusammenzugehen. Sie wollen das Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln für sich, wollen es nicht in die Hände der Imperialisten fallen lassen.

Die revolutionsverräterische Stalinbürokratie sucht die neukapitalistischen Elemente vom gegenrevolutionären Vorstoß möglichst abzuhalten. Erstens durch Konzessionen, vor allem wirtschaftlicher Art. Neuestens zB durch Erleichterungen beim Bauen von Eigenhäusern. Zweitens durch gelegentliche Hiebe, zB die Absetzung von Schukow, der, wie viele der Marschälle und andern hohen Offiziere, der neukapitalistischen Gegenrevolution angehört, ja einer ihrer Führer ist. Zugleich soll seine Enthebung vom Posten des Kriegsministers die Friedenswünsche der Stalinbürokratie beweisen, so den Weltimperialisten das Vorbereiten des heißen Weltkriegs erschweren. Der Kreml braucht ja dringendst Ruhe, die "friedliche Koexistenz" mit der Weltbourgeoisie!

Um ihre Position gegenüber der Gegenrevolution zu stärken, sucht die Stalinbürokratie die Massen bis zu einem gewissen Grad an sich heranzuziehen. Je größer die gegenrevolutionäre Gefahr, desto mehr wird sie das versuchen. Sie gewährt den Massen Erleichterungen, Verbesserungen, stellt ihnen als Köder noch größere in Aussicht ("mehr Konsumgüter"). Mit stalinbürokratischen "Säuberungen" der KP (zB in Polen), mit Versprechungen über größeren Einfluß, Kontrolle der Arbeiter in Wirtschaft und Staat, will die Stalinbürokratie eine "Rückkehr zu Lenin" vorschwindeln, sich so ins Vertrauen der Massen einschleichen. Das mag anfangs bis zu einem gewissen Grad wirken, doch hat sie die Massen zu oft um solche Erleichterungen geprellt, mit solchen Versprechungen betrogen.

V.

Der heiße Weltkrieg, die Schlußetappe des noch nicht beendigten 2. imperialistischen Weltkriegs rückt näher. Die Friedensheucheleien der Weltimperialisten und ihrer Helfer -

vor allem die SP samt Gewerkschaftsbürokratie - dürfen darüber ebensowenig täuschen wie die schwülstigen Prahlereien der Chruschtew & Co. Das Geschwätz vom 3. Weltkrieg erleichtert nur den Imperialisten und ihren Helfern in Friedensmaske aufzutreten, erschwert die Klärung, Umgruppierung der Massen.

Sind die Aussichten der internationalen proletarischen Revolution deswegen schlecht? Keine s w e g s ! Gerade der immer schärfere Kampf zwischen Weltbourgeoisie und Stalinbürokratie wird die Weltmassen wecken, zum proletarischrevolutionären Kampf drängen. Jetzt schon, unter dem steigenden Druck der kapitalistischen Ausbeutungs- und Teuerungsoffensive, steigt auch der s p o n t a n e Widerstand der Massen, wie das Anwachsen der Lohnkämpfe, der Streiks in Frankreich, England, Westdeutschland usw beweist. Das sind erste Zeichen des Wiedererwachens der Massen.

Die Massen werden sich erheben! Unvermeidlich! Doch s i e g e n, siegen im Interesse der proletarischen Weltrevolution, das können sie ohne richtige Führung nicht - obwohl die "revolutionären Optimisten", um "Mut zu machen", das Gegenteil vorgeben. Das können die Massen n u r unter proletarischrevolutionärer Führung, unter Führung der Partei der internationalen proletarischen Revolution, der proletarischen Arbeiterpartei.

Nur diese Partei, auch sie nur mit richtiger Strategie und Taktik, kann die letzten Reste der Oktoberrevolution in der SU wirksam verteidigen, die imperialistische Unterjochung der Millionenmassen, die Restauration des Kapitalismus in SU und "Volksdemokratien" verhindern, sie durch gründlichste proletarischdemokratische Reform retten.

Die richtige proletarische Strategie und Taktik muß in erster Linie die Hauptaufgabe haben, die SU und "Volksdemokratien"

gegen die Imperialisten zu verteidigen und z u g l e i c h - in Unterordnung darunter - den Kampf zum Sturz der Stalinbürokratie von l i n k s betreiben.

In Unterordnung: das bedeutet den Kampf zum Sturz der Stalinbürokratie von links s o zu führen, daß er - stets unter Berücksichtigung der jeweiligen konkreten Kampfbedingungen - der H a u p t - a u f g a b e , der Verteidigung der SU gegen die Imperialisten nicht schadet.

Diese Strategie, Taktik darf den Unterschied zwischen Stalinbürokratie und Massen nicht aus den Augen verlieren!

Diese T a k t i k anwenden, die Partei der internationalen proletarischen Revolution, die proletarischdemokratische Arbeiterpartei a u f b a u e n , rechtzeitig aufbauen, das sind heute die dringenden Aufgaben der ehrlichen proletarischen Revolutionäre!

2.11.1957

T.S.

Folgend einige Auszüge aus der österreichischen Kapitalistenzeitung "Die Presse", die die Krisentendenzen der kapitalistischen Wirtschaft aufzeigen.

Wirtschaftsfragen für die Presse.

Österr. Holz.

Die verschiedenen Kreditrestriktionen und wohnungspolitischen Maßnahmen in einzelnen Ländern hatten die Bautätigkeit abgebremst, so daß Holz schwer verkäuflich geworden war.

Die HolzAusfuhr war mit 290 Mill S die niedrigste seit Februar 1957. Sie wird gegenwärtig nicht nur durch die Exportkontentierung, sondern auch durch das Nachlassen der internationalen Hochkonjunktur beeinträchtigt. (Eco, Pss: 22. und 24. Okt. 1957).

Österr. Sanitärkeramik .

Der Nachholbedarf für Sanitärkeramik der die ganze Nachkriegszeit angehalten hat, ist nun gesättigt. Aufträge: W-Deutschland, Schweiz, Jugoslawien sind rückläufig. (Eco. Pss: 22. Okt. 1957).

Nickel - Engl.

Nickel war bis zum zweiten Quartal 1957 fest im Weltmarktpreis, - wurde mit grauen Marktpreisen gehandelt. (Anführung Red.).

"Die USA-Regierung wird auch 1958 kein Nickel mehr für ihren Stockpil kaufen. Gesamtangebot für 1958 beträgt---122500 t, um 9000 t mehr als 1957. In England war Nickel kürzlich unter 1000 Pfund angeboten. Ehe die USA - Maßnahmen bekannt wurden, war die Tendenz auf dem grauen Markt schwach. Mit 1958 rechnet man mit einem Preis von 600 Pfund pro t. (Eco, Pss: 19. Okt. 1957).

Kupfer - Engl.

Kupferpreisstabilisierung gescheitert. Börsenpreis Höchststand mit 437 Pfund je t auf unter 190 Pfund gefallen. Kupfer ist jetzt billiger als Aluminium. (Eco 22. Okt. 1957).
